

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Willi Brase, Dr. Wilhelm Priesmeier,
Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/11031 –**

**Gutes Leben, Gute Innovationen, Gute Arbeit – Politik für ländliche Räume
effektiv und effizient gestalten**

A. Problem

Neben wirtschaftlich sich gut entwickelnden, industriell erstarkenden und dynamischen Regionen gibt es in Deutschland laut Antragsteller strukturschwache, peripher gelegene Regionen, die mit erheblichen ökonomischen, sozialen und demografischen Problemen zu kämpfen haben. Ländlichen Regionen mangelt es nach Angaben der Fraktion der SPD besonders an gut ausgebildeten Fachkräften. Zusammen mit dem demografischen Wandel bedroht nach Darstellung der Antragsteller die Abwanderung die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Räumen. In Deutschland fehlt nach Ansicht der Fraktion der SPD gegenwärtig ein konsistenter Politikansatz für die Entwicklung ländlicher Räume.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/11031 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, auf europäischer Ebene die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu nutzen, um die Voraussetzungen für eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume zu schaffen und dabei insbesondere die nationalen Förderprogramme für ländliche Räume an den Zielen der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ auszurichten und auf nationaler Ebene die Voraussetzungen zu schaffen, um unter anderem ländliche Räume auf Grundlage integriert wirkender Entwicklungskonzepte zu fördern und die Vitalisierung ländlicher Räume in den Vordergrund zu stellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Berlin, den 30. Januar 2013

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Willi Brase
Berichterstatter

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Willi Brase, Dr. Edmund Peter Geisen, Alexander Süßmair und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11031** in seiner 211. Sitzung am 29. November 2012 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Neben wirtschaftlich sich gut entwickelnden, industriell erstarkenden und dynamischen Regionen gibt es in Deutschland laut Antragsteller strukturschwache, peripher gelegene Regionen, die mit erheblichen ökonomischen, sozialen und demografischen Problemen zu kämpfen haben. Ländlichen Regionen mangelt es nach Angaben der Fraktion der SPD besonders an gut ausgebildeten Fachkräften. Zusammen mit dem demografischen Wandel bedroht nach Darstellung der Antragsteller die Abwanderung die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Räumen. Bei der wohnortnahen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Einzelhandel, Post und Bank sowie bei Bildungs- und Kulturangeboten und Kinderbetreuungseinrichtungen entstehen laut der Fraktion der SPD große Defizite.

In Deutschland fehlt nach Ansicht der Fraktion der SPD gegenwärtig ein konsistenter Politikansatz für die Entwicklung ländlicher Räume. Laut Antragsteller scheidet die strategische Politiksteuerung an abgestimmten integrierten Instrumenten. So ist zum Beispiel nach Darstellung der Antragsteller die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wegen der grundgesetzlichen Vorgaben in ihren Ausgestaltungsmöglichkeiten auf der konkreten Maßnahmenebene begrenzt und zu sehr auf sektorbezogene Maßnahmen ausgerichtet. Sie berücksichtigt laut der Fraktion der SPD nur unzureichend die spezifischen Anforderungen der in ländlichen Räumen lebenden und arbeitenden Menschen. Die Entwicklung ländlicher Räume krankt laut Antragsteller zudem an dem unkoordinierten Nebeneinander von „Fördertöpfen“, deren inhaltliche Ausrichtung auf unterschiedliche Akteure abzielt, ohne den tatsächlichen Bedarf abzubilden. Die Politik für die Entwicklung ländlicher Räume muss nach Ansicht der Fraktion der SPD neue Wege gehen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/11031 der Fraktion der SPD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. auf europäischer Ebene die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu nutzen, um die Voraussetzungen für eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume zu schaffen und dabei insbesondere
 - a) die nationalen Förderprogramme für ländliche Räume an den Zielen der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ auszurichten;
 - b) den Ansatz der EU-Kommission zur stärkeren Verzahnung der Regional-, Kohäsions-, Sozial- und Agrarfonds zu unterstützen, um ländlichen Räumen neue Spielräume zur integrierten Entwicklung zu ermöglichen;
2. auf nationaler Ebene die Voraussetzungen zu schaffen, um unter anderem
 - a) ländliche Räume auf Grundlage integriert wirkender Entwicklungskonzepte zu fördern und die Vitalisierung ländlicher Räume in den Vordergrund zu stellen;
 - b) die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben GAK und GRW (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) weiterzuentwickeln, indem unter anderem die GAK durch eine Änderung des Grundgesetzes in Artikel 91a zu einer Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume umgestaltet wird;
 - c) die unterschiedlichen Förderfonds besser zu verzahnen und um Parallelstrukturen abzubauen;
3. die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen unter anderem durch folgende Maßnahmen zu unterstützen:
 - a) den industriellen Sektor durch eine nachhaltige Strategie stärken, in der ökonomische Effizienz, soziale Balance und effiziente Nutzung und Schonung natürlicher Ressourcen Niederschlag finden;
 - b) die Kommunalfinanzen stärken, um eigenständiges Handeln zu gewährleisten. Hierzu ist die Stärkung und die Verbreiterung der Gewerbesteuer unverzichtbar;
 - c) auf nationaler und europäischer Ebene die regionale Strukturpolitik vorrangig auf strukturschwache Regionen konzentrieren und bei der anstehenden Neuausrichtung die Bedürftigkeit der Fördergebiete beachten;
 - d) einen flächendeckenden Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro pro Stunde in Deutschland einführen;
4. die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern, indem unter anderem
 - a) die Instrumente und der Rechtsrahmen den demografischen Entwicklungen in ländlichen Räumen angepasst werden und für eine gute Lebensqualität der Bevölkerung durch ein ressortübergreifendes, abgestimmtes Handeln Sorge getragen wird;

- b) ein gut entwickeltes und leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung gesichert wird;
 - c) wohnortnahe Dienstleistungen und Bildungs- und Kulturangebote gesichert werden;
5. die Natur- und Kulturlandschaften zu erhalten, unter anderem
- a) durch Erhaltung des bisherigen Systems der Belohnung für die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen und Selbstverständlichkeiten in den Bereichen Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz durch ein System der echten Entlohnung von Leistungen;
 - b) durch Erhaltung des europäischen Agrarmodells einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft, die dem Ziel einer ressourcenschonenden Produktionsweise verpflichtet ist;
 - c) durch den Ausbau von Wertschöpfungsketten und die Diversifizierung betrieblicher Einkommen, um die ökonomische Grundlage der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen zu verbessern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 91. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 111. Sitzung am 12. Dezember 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 91. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 121. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 86. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 97. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 88. Sitzung am 12. Dezember 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 86. Sitzung am 12. Dezember 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 94. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 71. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 81. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 78. Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11031 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/11031 in seiner 85. Sitzung am 30. Januar 2013 abschließend beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, es freue sie, dass die Fraktion der SPD offenbar endlich die Bedeutung des ländlichen Raumes erkannt habe. Im Gegensatz zur Fraktion der SPD könnten die Fraktionen der CDU/CSU für sich in An-

spruch nehmen, sich mit dem Thema „Förderung der ländlichen Räume“ kontinuierlich zu befassen. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP hätten die große Bedeutung dieses Themas mit ihrem eigenen Ende November 2012 eingebrachten Antrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes noch einmal verdeutlicht. Die unionsgeführte Bundesregierung habe erst kürzlich eine der größten finanziellen Entlastungen der Kommunen seit Bestehen der Bundesregierung beschlossen. So übernehme der Bund schrittweise die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und die Kosten bei Erwerbsminderung zu 100 Prozent. Die rot-grüne Bundesregierung hätte dagegen in ihrer Regierungszeit faktisch die neu eingeführte Grundsicherung finanziell vollständig auf die Kommunen abgewälzt. Insgesamt enthalte der Antrag der Fraktion der SPD viele Forderungen, die bereits von der Bundesregierung in ihrer Politik für den ländlichen Raum umgesetzt würden oder im bereits beschlossenen Antrag der Koalitionsfraktionen enthalten seien. Die im Antrag der Fraktion der SPD zum Beispiel genannten Forderungen des Ausbaues von regionalen Wertschöpfungsketten, der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und der Diversifizierung betrieblicher Einkommen würden bereits von der Bundesregierung mit verschiedenen Maßnahmen berücksichtigt. So habe beispielsweise die Bundesregierung erst vor Kurzem das „Regionalfenster“ in fünf Testregionen auf den Weg gebracht.

Die **Fraktion der SPD** betonte, mit ihrem Antrag fordere sie die Bundesregierung auf, die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Europa zu nutzen, um die Voraussetzungen für eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume zu schaffen. Hierbei müssten vor allem die Förderprogramme in Deutschland an den Zielen der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ ausgerichtet und das Bestreben der EU-Kommission für eine bessere Verzahnung der europäischen Regional-, Kohäsions-, Sozial- und Agrarfonds unterstützt werden. Die Bundesregierung müsse zudem die Voraussetzungen schaffen, dass ländliche Regionen auf Basis integrierter Entwicklungskonzepte gefördert werden könnten. Die ländlichen Regionen müssten dazu motiviert werden, eigenständige regionale Entwicklungskonzepte zu entwickeln, die später in den Regionalfonds einmünden könnten. Diese Form der regionalisierten Strukturpolitik dürfe nicht allein auf Fragen der Landwirtschaft und des Tourismus begrenzt werden, sondern müsse Fragen der gesamten ländlichen Region berücksichtigen. Es sei zudem notwendig, dass die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben GAK und GRW weiterentwickelt werden, indem unter anderem die GAK durch eine Änderung des Grundgesetzes zu einer Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume umgestaltet werde. Von entscheidender Bedeutung sei auch die Förderung der Infrastruktur in den ländlichen Regionen. Hierzu gehöre auch die Unterstützung des weiteren Ausbaus der Breitbandversorgung, da sie von hoher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Räumen sei.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die Koalitionsfraktionen seien in der Frage der Förderung der ländlichen Räume schon dort, wo die Fraktion der SPD mit ihrem Antrag erst hinwolle. Es sei höchst erfreulich, dass die Bundesregierung sich bereits äußerst engagiert für den Erhalt und die Stärkung der ländlichen Räume in Deutschland einsetze. Der am 29. November 2012 vom Deutschen Bundestag verab-

schiedete Antrag „Zukunft für ländliche Räume – Regionale Vielfalt sichern und ausbauen“ der Koalitionsfraktionen gehe mit seinen 105 Forderungen thematisch weit über das hinaus, was in dem vorliegenden Antrag der Fraktion der SPD gefordert werde. Die Koalitionsfraktionen hätten mit ihrem Maßnahmenpaket zur Entwicklung des ländlichen Raumes zudem einige Forderungen der Fraktion der SPD bereits längst beschlossen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei perspektivisch angelegt. Ziel sei es, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den ländlichen Regionen zu erhalten und stetig zu verbessern. Nicht alle Ziele ließen sich sofort verwirklichen. Die Bundesregierung werde die ländlichen Räume weiterhin besonders stärken, weil auch allgemein anerkannt sei, dass die ländlichen Strukturen die Stützpfeiler der Gesamtgesellschaft seien. Viele Vergleiche zeigten, dass die ländlichen Räume zum Beispiel im Bereich der sozialen Kosten im Vergleich zu Ballungszentren bzw. Großstädten günstiger abschneiden. Die Fraktion der FDP lehne den Antrag der Fraktion der SPD ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, der von der Fraktion der SPD vorgelegte Antrag sei deutlich konkreter als der von den Koalitionsfraktionen Ende letzten Jahres eingebrachte Antrag mit seinem „Sammelsurium“ von über 100 Forderungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes, die nicht ineinandergriffen. Der Antrag der Fraktion der SPD spreche in seiner Grundtendenz viele wichtige Punkte an, die für die ländlichen Räume von großer Bedeutung seien. Die geforderte Weiterentwicklung und stärkere Verzahnung von GAK und GRW mit anderen Förderinstrumenten werde positiv bewertet. Allerdings setze die Fraktion der SPD bei der Frage, wie man die ländlichen Räume stärken könne, ausschließlich auf den Faktor Erwerbsarbeit und vernachlässige die Frage des zivilgesellschaftlichen Engagements auf dem Lande. Zudem sei nicht verständlich, warum die Fraktion der SPD sich bei der Förderung der ländlichen Räume einseitig auf eine Wachstumsstrategie wie die der EU mit „Europa 2020“ konzentriere. Der hinter dieser Strategie stehende Wachstumsbegriff lasse die Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages, die sich fraktionsübergreifend kritisch mit dem Begriff und der Strategie des „alleinigen Wachstums“ auseinandersetze, außen vor. Ob sich ländliche Regionen positiv entwickelten, hänge von vielen verschiedenen Faktoren ab. So gebe es auch in wachstums- und finanzstark geltenden Bundesländern zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen ländlichen Regionen. Vor diesem Hintergrund werde sich die Fraktion DIE LINKE. der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, der Vorschlag der Fraktion der SPD, die GAK durch eine Änderung des Grundgesetzes zu einer Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume umzugestalten, werde von ihr ausdrücklich unterstützt. Auch die Koalitionsfraktionen hätten sich in ihrem bereits verabschiedeten Antrag für eine Weiterentwicklung der GAK zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum ausgesprochen. Zudem halte jetzt auch die Bundesregierung es durchaus für möglich, das Grundgesetz zu ändern, um die GAK zu einer Gemeinschaftsaufgabe für den ländlichen Raum weiterentwickeln zu können. Diese neue Position der Bundesregierung sei umso erstaunlicher, als noch im Jahr 2011 ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der die

Weiterentwicklung der GAK zu einem Instrument des ländlichen Raums zum Inhalt gehabt habe, von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teile überwiegend die Analyse und die Forderungen des Antrags der Fraktion der SPD. Betont werde, auch vor dem Hintergrund bereits vorgelegter verschiedener eigener Anträge, dass es notwendig sei, regionale Wirtschaftskreisläufe durch die Politik stärker zu unterstützen. Auch müssten aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum den inzwischen geänderten Voraussetzungen stärker Rechnung tragen. Hierbei gehe es im Wesentlichen um die Anpassung statt des Ausbaues von Verkehrsinfrastrukturen.

Berlin, den 30. Januar 2013

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Willi Brase
Berichterstatter

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

